



**Bernd Lynack MdL**  
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:  
Osterstr. 39 A · 31134 Hildesheim  
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52  
Fax: 0 51 21 / 69 42 37  
info@bernd-lynack.de  
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 18.08.2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich hoffe, Ihr alle hattet eine schöne Sommerzeit und konntet Euch ein wenig erholen. Unser erster Plenarabschnitt im Landtag nach der Sommerpause ist heute zu Ende gegangen. Wie immer möchte ich Euch hiermit einen kurzen Überblick über die wichtigsten Themen der Sitzungswoche geben.



Gleich zu Beginn der Plenarsitzung hat unser Ministerpräsident Stephan Weil eine **Regierungserklärung** mit dem Titel „**Sicherheit durch innere Stärke**“ abgegeben. Er hat darin eine Zustandsbeschreibung für unser Land abgegeben. Wir erleben, dass viele Menschen durch die starken Fluchtbewegungen im letzten Jahr sowie durch terroristische Akte in Deutschland und Europa verunsichert sind. Vielen ist jetzt bewusst geworden, dass es eine 100-prozentige Sicherheit nicht geben kann. Wir können uns in

Niedersachsen auf gut vorbereitete und ausgestattete Polizistinnen und Polizisten verlassen. Mit unserer Politik stärken wir unsere Polizei. Sie bekommt die erforderliche Ausstattung sowie die notwendige Wertschätzung für ihre wichtige Arbeit. Durch die zusätzlichen Einstellungen stärken wir darüber hinaus den Personalkörper.

Auf der anderen Seite geht es unserem Land so gut wie nie. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem Rekordtief, die niedersächsische Wirtschaft ist stark, es gab noch nie so viele Plätze in Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen, noch nie gab es mehr Studierende an unseren Hochschulen. Die Landesregierung wird uns als Parlament mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018 einen Haushalt ohne neue Schulden vorschlagen. Das ist einmalig in der 70jährigen Geschichte unseres Landes. Trotzdem haben wir beispielsweise die Möglichkeit, den Sanierungsstau unserer Krankenhäuser um insgesamt 1,3 Mrd. Euro abzubauen, 10.000 neue Wohnungen zu schaffen, zusätzliche Polizistinnen und Polizisten einzustellen und unsere Kommunen mit einem Nachtragshaushalt von 630 Mio. Euro zu entlasten.

Wir haben die Aufgabe, die Unsicherheit der Menschen ernst zu nehmen. Unsere Stärke verpflichtet uns, unser Land zusammenzuhalten. Wir müssen den Menschen Ängste nehmen und den positiven Weg auf dem sich unser Land befindet, aufzeigen. Unserem Land geht es gut. Das müssen wir immer wieder deutlich machen. Nur ein Land das zusammenhält, kann seine Stärke auf Dauer halten.

Auch beim Thema innere Sicherheit sind wir gut beraten, sorgsam vorzugehen. Die ständigen Rufe nach härteren Gesetzen, die Forderung nach Einsatz der Bundeswehr im Inneren sowie der Überbietungswettbewerb bei den Forderungen nach mehr Polizistinnen und Polizisten steigert nicht das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land. Wir müssen bedacht vorgehen und innere Sicherheit nicht nur simulieren. Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden dort, wo es Sinn macht. Die innere Sicherheit ist bei uns und unserem Innenminister Boris Pistorius in guten Händen. Daher haben wir die Innenpolitik in unserer **Aktuelle Stunde „Niedersachsen geht voran – Für eine starke und vernünftige Sicherheitspolitik“** zum Thema im Landtag gemacht.



## **LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT**

An dieser Stelle – wie immer – ein kurzer Überblick zu den wichtigsten Gesetzesentwürfen und Entschlüssen:

### **Gesetzesentwürfe**

#### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz**

Das Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz legt fest, dass die Haushalts- und Rechnungsführung der Wasser- und Bodenverbände durch die Prüfstelle beim Wasserverbandstag e. V. geprüft wird. Der Niedersächsische Landesrechnungshof hat im Rahmen einer Prüfung zu dem Thema „Der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband und seine Rechtsaufsicht“ gefordert, die unabhängige Tätigkeit dieser Prüfstelle gesetzlich abzusichern. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf wollen wir diese Absicherung vornehmen.

#### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2016 und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufnahmegesetzes und des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich**

Mit dem Nachtragshaushalt stellen wir unserem Kommunen insgesamt 630 Mio. Euro zur Verfügung. Dazu erhöhen wir die Pauschale im Aufnahmegesetz auf 10.000 Euro und legen als Abrechnungsgrundlage das jeweils letzte Kalenderjahr fest. Die Pauschalen nach dem Aufnahmegesetz werden zukünftige somit nicht mehr auf Grundlage des Vorjahres, sondern auf Grundlage des Vorjahres abgerechnet. Gleichzeitig ziehen wir die Vorauszahlungen an die Kommunen für die Jahre 2017 und 2018 auf dieses Jahr vor.

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze**

Mit dem Gesetz soll unser Polizeigesetz umfassend novelliert werden und künftig die Bezeichnung „Gesetz über die Abwehr von Gefahren“ (NGefAG) tragen. Schon mit der Änderung der Gesetzesbezeichnung soll die Zielsetzung zum Ausdruck kommen, Regelungen für eine bürgernahe, qualifizierte und effektive Tätigkeit der Gefahrenabwehrbehörden und der Polizei zu treffen. Insbesondere für den Bereich der Polizei soll die Bürgernähe gestärkt werden. Eine moderne und hochqualifizierte Polizei im demokratischen Rechtsstaat schützt die Bürgerinnen und Bürger und betreibt erfolgreich Gefahrenabwehr. Diesen Ansatz wollen wir mit dem neuen Gesetz zum Ausdruck bringen. Wir beraten mit dem Entwurf das modernste Polizeigesetz Deutschlands.

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Versammlungsgesetzes**

Mit den vorgeschlagenen gesetzlichen Änderungen wird das Versammlungsrecht für die Polizei und die Versammlungsbehörden modernisiert. Zugleich sollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden. Die Änderungen tragen zu einer erhöhten Transparenz und Übersichtlichkeit des Gesetzes und der einzelnen Befugnisse und Maßnahmen bei. Diese Ziele werden mit dem Änderungsgesetz erreicht. Bestimmungen, die in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, sich aber als nicht erforderlich erwiesen haben, werden gestrichen. Der Gesetzesentwurf sieht auch die Abschaffung der Bannmeile rund um den Landtag vor.



### ***Entschließungsanträge***

#### **Verbesserungen bei der rechtlichen Betreuung**

Die rechtliche Betreuung ist für hilfsbedürftige Erwachsene eingerichtet, die aufgrund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst erledigen können (§ 1896 BGB). Sie stellt sicher, dass Betroffene in allen rechtlichen Bereichen Entscheidungen treffen können und damit gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Vergütung der Berufsbetreuerinnen und -betreuer ist bundesgesetzlich geregelt. Mit der vollständigen Neuregelung im Jahr 2005 wurden auch die heute geltenden Sätze festgelegt. Daher ist es nötig, diese Beträge auf ihre Angemessenheit zu überprüfen. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat dazu bereits eine rechtstatsächliche Untersuchung in Auftrag gegeben, um das Vergütungssystem der Berufsbetreuung im Hinblick auf die Höhe der Stundensätze und die jeweiligen zugrunde gelegten Stundenansätze untersucht werden soll. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung dazu auf, uns nach Vorliegen der Ergebnisse einen Vorschlag für die Verbesserung der Vergütung vorzulegen.

### **Rechtsreferendariat praxisnah und familienfreundlich gestalten**

Der juristische Vorbereitungsdienst - das Rechtsreferendariat - ist eine entscheidende Größe in der Ausbildung angehender Juristinnen und Juristen. Durch die Ausbildung in verschiedenen Stationen (Gericht, Staatsanwaltschaft, Behörde, Rechtsanwaltskanzlei, Unternehmen, Gewerkschaften u. Ä.) und die begleitenden Arbeitsgemeinschaften werden die im Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten erweitert und vertieft. Darüber hinaus lernen die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, diese Kenntnisse und Fähigkeiten praktisch anzuwenden. An den zweijährigen Vorbereitungsdienst schließt sich die zweite Staatsprüfung an. Mit unserem Antrag wollen wir das Referendariat modernisieren und z.B. die Möglichkeit für ein Teilzeitreferendariat eröffnen.

### **Kinderarmut strukturell entgegenwirken: Familienleistungen reformieren und Teilhabe sicherstellen**

Obwohl der Staat jährlich einen dreistelligen Milliardenbetrag für Familienleistungen aufwendet, lebt bundesweit jedes fünfte Kind in Armut, etwa jedes Sechste ist von SGB-II-Leistungen abhängig. Auch in Niedersachsen sind über 180 000 Kinder von Armut bedroht oder betroffen. Vor allem Kinder aus Familien ohne Erwerbseinkommen oder mit Migrationshintergrund. Gut die Hälfte der Kinder stammt zudem aus Ein-Eltern-Haushalten. Arme und von Armut bedrohte Kinder erfahren materielle, kulturelle, gesundheitliche und soziale Einschränkungen und haben deutlich schlechtere Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe.

Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass kurzfristig die Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket sowie für weitere Teilhabeleistungen erhöht, mittelfristig die SGB-II-Regelsätze für Kinder erhöht, die Anrechnung des Kindergeldes auf SGB-II-Leistungen entfällt und langfristig alle staatlichen Leistungen der Kinderförderung zu einer einheitlichen Kindergrundsicherung zusammengeführt werden.

### **Konsequent gegen gefährliches Verhalten im Straßenverkehr**

Laut Verkehrsunfallstatistik sind auf Deutschlands Straßen im Jahr 2015 insgesamt 3 475 Menschen bei Verkehrsunfällen getötet worden. Das sind fast 100 Opfer mehr als 2014. Damit hat sich die Statistik zum zweiten Mal in Folge verschlechtert. Das macht deutlich, dass hier Handlungsbedarf besteht. Wir begrüßen vor diesem Hintergrund den Vorstoß unseres Innenministers, die Bußgelder für die oben genannten Gesetzesverstöße deutlich anzuheben. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Erhöhung der entsprechenden Bußgelder einzusetzen und dabei die angedachte Staffelung nach Einkommenshöhe weiter zu prüfen.



Für mich war es dann am Donnerstag wieder soweit. Ich habe in meiner Rede zur großen Anfrage der CDU-Fraktion - **Entlastung niedersächsischer Kommunen durch den Bund und Entlastung des Landes Niedersachsen durch den Bund** – deutlich machen können, dass das Land schnell und unkompliziert die für unsere Kommunen bestimmten Bundesmittel ungekürzt weiterleitet. Insbesondere die finanziellen, materiellen und personellen Leistungen der Landesregierung im Zusammenhang mit der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen dürfen in diesem Zusammenhang

nicht klein geredet werden. Meine Rede steht wie immer im vollständigen Wortlaut auf meiner Homepage unter [www.bernd-lynack.de](http://www.bernd-lynack.de) zum Nachlesen zur Verfügung.

### **Einrichtung einer Muttermilchbank in Niedersachsen**

Muttermilch stellt nach derzeitigem wissenschaftlichem Stand für Neugeborene und Säuglinge die beste Nahrungsform dar.

In den vergangenen Jahren hat sich parallel zur medizinisch notwendigen Versorgung von Frühchen und kranken Neugeborenen mit Muttermilch ein zum Teil lukrativer privater Muttermilchmarkt im Internet entwickelt. Fachverbände, Kommissionen, Ärzte und Hebammen warnen dringend vor den Risiken und möglichen gesundheitlichen Folgen privat verkaufter Muttermilch. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, eine der Kinderkliniken mit dem Level 1 dabei zu unterstützen, modellhaft eine Muttermilchbank einzurichten und sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der private Handel mit Muttermilch soweit rechtlich möglich unterbunden wird.



## **Nachrichten aus dem Wahlkreis**



In dieser Plenarwoche hat mich Jonathan Wittneben aus Hildesheim begleitet. Er ist Student der Politikwissenschaften an der Uni Göttingen und absolviert ein zwei-monatiges Praktikum im Rahmen seines Studiums bei mir. Schön, dass Jonathan gleich zu Beginn seines Praktikums einen so guten Einblick hinter die Kulissen des Parlamentsbetriebs bekommen hat.

**Kein Sommer ohne Sommertour durch den Wahlkreis:** Los ging es in diesem Jahr bei der Berufsfeuerwehr Hildesheim. Zusammen mit unserem Sprecher der Ratsfraktion für Feuerschutz und Recht, Ole Hammer, habe ich dabei den Disponenten in der Einsatzleitstelle über die Schulter geschaut. Es ist sehr beeindruckend, wie perfekt alle Fäden zusammenlaufen und mit wie viel Ruhe und Einfühlungsvermögen hier gearbeitet wird. Danke, dass wir Bürgerinnen und Bürger so gut aufgehoben sind.



Weiter ging's in die Limonadenfabrik im Gewerbegebiet Bavenstedt. Die Coca-Cola-Fabrik ist der zweitgrößte Arbeitgeber der Stadt. Klar, dass das Team um Betriebsleiter Michael Bolik gerade bei diesem Wetter allerhand zu tun hat. Leider habe ich das Rezept nicht bekommen, aber das Produkt probiert: Selbstverständlich wohl temperiert - lecker! Von Hildesheim aus wird immerhin das gesamte Land Niedersachsen mit Getränken aus dem Hause Coca-Cola versorgt. Kein Wunder also, dass der Betrieb in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist. Erst im Frühjahr konnte hier eine neue Abfüllanlage in Betrieb genommen werden.



Der nächste Termin führte mich in das Hildesheimer Umland. In malerischer Umgebung besuchte ich mit dem Gronauer Bürgermeister Rainer Mertens, den Brunotteschen Hof in Wallenstedt in der Gemeinde Rheden. Es ist beeindruckend mit wie viel Engagement der Verein dieses geschichtsträchtige Anwesen vor dem Verfall gerettet und zu einem Begegnungszentrum umgestaltet hat. Für die Zukunft wird es darum gehen, den liebevoll restaurierten Hof zu unterhalten. Dabei wird es auch darauf ankommen, die vielfältigen Angebote bekannt zu machen – auch in der Stadt Hildesheim.

Zusammen mit unserem Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion für Finanzen und Wirtschaft, Stephan Lenz, besichtigte ich die Hildesheimer Braumanufaktur. Seit April dieses Jahres betreiben Malte Feldmann und Jan Pfeiffer im historischen Wasserwerk an der Goslarschen Landstraße die kleine Brauerei. Das Ergebnis kann sich jetzt schon mehr als sehen lassen. Innerhalb kürzester Zeit haben sie sich zu einem gefragten regionalen Bierversorger gemauert. Im Angebot sind ebenso traditionelle wie innovative Biersorten. Allesamt selbstverständlich völlig naturbelassen.

Übrigens: Geöffnet hat die Braumanufaktur jeden Donnerstag ab 15 Uhr - mit Verkauf und Verkostung. Schön, dass es so gutes und wirklich leckeres Bier in unserer Stadt gibt! Danke für die tiefen Einblicke und weiterhin viel Erfolg an die „Brauer“.



**Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, die Inklusion, war Thema einer Veranstaltung mit der niedersächsischen Sozialministerin Cornelia Rundt.** „Inklusion betrifft alle Teile der Gesellschaft und wird in der Debatte leider häufig den Bereich Schule verengt. Dabei sind Änderungen im Denken bei uns allen nötig,“ fasst die Ministerin in ihrem Eingangsreferat zusammen. Besonders im Rahmen der barrierefreien Umgestaltung des Wohnumfeldes müsse stärker auf die Belange von Menschen mit Behinderung geachtet werden. „Dies betrifft nicht nur den Abbau von Schwellen und die Befahrbarkeit mit einem Rollstuhl in der Stadt, sondern auch die Wohnungen, in denen Duschen und Türen barrierefrei gebaut werden müssen“.



Bei uns in Hildesheim ist in den vergangenen Jahren Vieles in Sachen Inklusion bewegt worden: In Kindertagesstätten werden ganz selbstverständlich Kinder mit Behinderungen betreut und begleitet, Schulgebäude wurden umgebaut, die Universität richtete einen eigens für Inklusion geschaffenen Studiengang ein, die Kultur- und Sozialszene wurden mit dem Projekt „KULTURinklusive“ zusammengebracht, beim Stadtjubiläum und Tag der Niedersachsen wurde größter Wert auf Barrierefreiheit gelegt, auf dem Marktplatz werden Kabel und Rohre bei Veranstaltungen unter der Erde geführt, die Arnekengalerie und das Klinikum wurden vom Behindertenbeirat in Sachen Barrierefreiheit beraten.



Leider sind noch nicht alle Wahllokale barrierefrei zur Kommunalwahl 2016 zu erreichen. Das war bereits Thema einer Anfrage, die ich vor einiger Zeit an den Oberbürgermeister gerichtet hatte. Aus der Antwort wurde ersichtlich, dass insgesamt von 72 Lokalen 14 nicht barrierefrei erreichbar sein könnten. Im Rahmen der Diskussionsveranstaltung hat die Inklusionsbeauftragte der Stadt Hildesheim, Renate Pischky-Winkler, diese Problematik nochmals dankbar aufgegriffen. Sie hat bis heute erreicht, dass weitere fünf Wahllokale barrierefrei zugänglich sein werden.

Darüber hinaus wurde ein Auftrag zur Prüfung des Baus von provisorischen Zufahrtsrampen für die verbleibenden Wahllokale in Auftrag gegeben.



**Unsere Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, (Jo)Hanne Modder, hat auf ihrer Sommertour quer durch Niedersachsen auch bei uns in Hildesheim Station gemacht.**

Zusammen mit unserer Hildesheimer Fraktionschefin Corinna Finke, unserer Bürgermeisterin Beate König und Landratskandidat Olaf Levonen haben wir Theaterluft im TfN geschnuppert. Klar, dass neben Gesprächen über die vielfältigen Aktivitäten unserer Drei-Sparten-Bühne, der Besuch einer Probe nicht fehlen durfte. Absoluter Höhepunkt war allerdings der Besuch des theaterpädagogischen Zentrums (TPZ). Hier hatten wir nicht nur die Gelegenheit mit Jugendlichen über verschiedene Projekte zu sprechen. Wir waren sogar mittendrin und haben zusammen spielerisch kleine Sequenzen erarbeitet. Danke an das gesamte Team von TfN und TPZ. Das war ein ganz toller Nachmittag!



## Termine



Nach Cornelia Rundt haben wir noch weiteren prominenten Besuch in der Stadt. Schon am 29. August, 18 Uhr, kommt unser Innenminister Boris Pistorius zu uns. Im Riedel-Saal der VHS wollen wir mit ihm zum Thema „Demokratie beginnt in den Kommunen“ diskutieren. Die Einladung zu dieser Veranstaltung habt Ihr bereits erhalten.

Wie schon an den letzten zwei Samstagen, werden wir bis zur Kommunalwahl bis zum 10. September auch weiterhin regelmäßig in der Stadt sichtbar sein. Mal mit unserem neuen roten SPDmobil, mal mit unserem SPD-Fahrrad und natürlich in den Ortsteilen. Wer noch Zeit und Lust hat unsere Kandidatinnen und Kandidaten in der Stadt zu unterstützen, kann das an folgenden Terminen gerne tun:





Am Samstag, **20. August** sind wir mit dem SPD-Fahrrad in der Innenstadt unterwegs. Auf einen festen Stand haben wir wegen der parallel laufenden Bierbörse verzichtet.

Am **27. August** sind wir dann ab 10 Uhr wieder mit unserem SPD-Mobil vor der Jakobikirche zu finden.

Wegen des Pflasterzaubers verzichteten wir auch am **3. September** wieder auf einen festen Stand. Dafür ist dann wieder das SPD-Fahrrad auf Tour.

Auch die letzten drei Tage vor der Kommunalwahl wollen wir noch einmal deutlich unsere Gesichter vor der Jakobikirche zeigen. Vom **8. bis 10. September** ist das SPD-Mobil vor der Jakobikirche geöffnet.

Am **11. September** ist es dann soweit. Bis 18 Uhr können die Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme in den Wahllokalen abgeben. Ab 18 Uhr treffen wir uns rund um unser SPD-Ladenlokal in der Osterstraße 39 A. Gemeinsam wollen wir die Wahlergebnisse verfolgen. Gekühlte Getränke gibt's direkt von unserem SPD-Mobil und für Unterhaltung sorgt die Band *'Side by Side'* mit unserer Genossin Tanja Charman aus Himmelsthür.

Ich freue mich jetzt auf den Endspurt im Wahlkampf mit Euch!

Soweit mein Bericht aus dem Landtag zum August-Plenum.

Herzliche Grüße

*Bed*